

Schwesig lehnt Anhebung des Renteneintrittsalters ab

MP

Die Alterssicherungskommission zur Rente wird am 23. Februar über Vorschläge zu Reformvorschlägen beraten. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig erteilt Überlegungen, das Rentenalter auf 70 anzuheben eine Absage: „Ich bin strikt dagegen. Die Debatte um die Rente mit 70 bewegt und verunsichert die Menschen sehr. Es muss endlich Schluss damit sein, das Renteneintrittsalter und die Rentenhöhe immer wieder in Frage zu stellen. Das Vertrauen der Menschen in die Rente ist Vertrauen in den Sozialstaat, in Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Schwerin, 18.02.2026

Nummer: 37/2026

Eine Anhebung des Renteneintrittsalters habe auch etwas mit Leistungsgerechtigkeit und Leistungsfähigkeit zu tun. „Die Rentenkürzung mit 70 wäre eine Rentenkürzung durch die Hintertür für alle, die nicht so lange im Erwerbsleben bleiben können. Und das betrifft diejenigen, die in körperlich und psychisch herausfordernden Berufen arbeiten, sei es auf dem Bau, in der Landwirtschaft, im Krankenhaus oder in der Pflege. Das lehne ich ab.“

Die Regierungschefin hatte sich mehrfach zur Bedeutung der gesetzlichen Rente insbesondere in Ostdeutschland ausgesprochen. „In meinem Bundesland ist die gesetzliche Rente oftmals das einzige Alterseinkommen. Deshalb müssen sich die Menschen auf ihren Renteneintritt und die Rentenhöhe verlassen können. Das ist ein wichtiges Bekenntnis zur Stabilität und eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“, so Schwesig.

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2–4
19053 Schwerin
Telefon: +49 385 588-1040
Telefax: +49 385 588-1048
E-Mail: Pressestelle@stk.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Andreas Timm